

A Einleitung

Representation

My wife dislikes the income tax,
And so I cannot pay it;
She thinks that golf all interest lacks,
So now I never play it;
She is opposed to tolls repeal
(Though why I cannot say),
But woman's duty is to feel,
And man's is to obey.

I'm in a hard position for a perfect gentleman,
I want to please the ladies, but I don't see how I can,
My present wife's a suffragist, and counts on my support,
But my mother is an anti, of a rather biting sort;
One grandmother is on the fence, the other much opposed,
And my sister lives in Oregon, she thinks the question's closed;
Each one is counting on my vote to represent her view.
Now what should you think proper for a gentleman to do?

(Alice Duer Miller 1915)

Repräsentation ist kein einfaches und ein noch weniger eindeutiges Unterfangen. Alice Duer Miller illustriert dies in ihrem satirischen, 1915 verfassten, Gedicht sehr treffend. Ein Zitat des damaligen US-Vizepräsidenten Thomas Marshall aufs Korn nehmend, der seine Ablehnung des Frauenwahlrechts mit der Position seiner Frau begründet (»My wife is against suffrage, and that settles me.«), stellt sie in überspitzter Form die Nöte eines fiktiven Abgeordneten dar, welche der potenziell repräsentierbaren, einander widersprechenden Sichtweisen er vertreten soll. Eine Enttäuschung der einen oder anderen Seite scheint unvermeidbar.

Die drohende Niederlage an sich ist dabei kaum bemerkenswert. Im politischen, zumal demokratischen Kontext kann niemand davon ausgehen, stets zur gestal-

tenden Mehrheit zu gehören oder sich gar mit jeder eigenen Position durchzusetzen. Sofern sich politische Auseinandersetzungen nicht im Konsens auflösen lassen, müssen eine oder auch mehrere Seiten Abstriche machen. In einem pluralistischen Politikumfeld ist das zwingend.

Das beschriebene Dilemma reicht indes tiefer. Denn Repräsentation verheißt mehr, als dass lediglich die Stimmen der Repräsentierten gezählt werden. In ihr steckt, dem Wortsinn nach, ein Versprechen auf Präsenz. (Re-)Präsentiert ist, was auf irgendeine Weise im Repräsentierenden gegenwärtig, sichtbar, erkennbar, anwesend wird. Im gedichteten Beispiel ist es der jeweilige Standpunkt zum Frauenwahlrecht, der durch den Abgeordneten präsent gemacht werden soll. Gelingen würde dies, dem lyrischen Ich zufolge, durch ein bestimmtes, der Haltung entsprechendes Abstimmungsverhalten. Eine der Frauen – oder genauer gesagt: ihr Standpunkt – würde dann zur Repräsentierten, der Abgeordnete durch seine Stimme zum Repräsentanten. Auf diese Weise jedoch kann er der zu repräsentierenden Vielstimmigkeit nicht gerecht werden. Auf diese Weise kann er nicht jeder der Sichtweisen zur Präsenz verhelfen. Auf diese Weise muss er – zumindest für einen Teil der auf ihn setzenden Frauen – als Repräsentant scheitern.

Aus der dilemmatischen Ausgangssituation folgt indes nicht zwangsläufig, dass ein Repräsentationsversuch fehlschlagen muss. Präsenz kann stets auf unterschiedlichen Wegen erzielt werden. Einen inklusiveren Weg schlägt der fiktive Abgeordnete etwa durch sein Lamento selbst ein. In diesem stellt er die unterschiedlichen Sichtweisen vor und macht sie dadurch, wenn nicht politisch, so doch zumindest literarisch präsent. Ob sich die genannten Frauen allerdings in der lyrischen Klage oder einem vergleichbar angelegten parlamentarischen Debattenbeitrag wiedererkennen, mit der ungewichteten Nebeneinanderstellung zufriedengeben und insofern repräsentiert sehen würden, bleibt dahingestellt. Denn eine Person, eine Sache, eine Idee wird noch nicht allein dadurch präsent, dass es jemanden gibt, der sie (re-)präsentiert. Wirklich präsent wird sie nur für diejenigen, die die (Re-)Präsentation anerkennen (vgl. Rehfeld 2006).

Wie sehr das Gelingen eines Repräsentationsversuchs vom jeweiligen Publikum und seinen Bewertungsmaßstäben abhängt, lässt sich am eigenen Blick auf das beschriebene Repräsentationsgeschehen prüfen. Aus heutiger Sicht ist schwer vorstellbar, dass der Sprecher die genannten Frauen – ungeachtet ihrer jeweiligen Sichtweisen – ernsthaft auf andere Weise repräsentieren könnte als durch ein klares Bekenntnis zum Frauenwahlrecht. Aus dieser Perspektive erscheint eine gleichwertige Nebeneinanderstellung unterschiedlicher Sichtweisen eher vorgeschoben. Eine dahingehende Bewertung der Dichterin darf vorausgesetzt werden. Zeitgenössisch hätte dem fiktiven Abgeordneten die Abwägung, wie sein Handeln wohl von künftigen Generationen beurteilt werden dürfte, die Entscheidung allerdings kaum erleichtert, sondern den vielen Bewertungsoptionen lediglich eine weitere hinzugefügt.

»Now what should you think proper for a gentleman to do?«, fragt das lyrische Ich zum Ende des Gedichts hin ratlos. Und in seiner Unsicherheit, angesichts der hier nur angerissenen Komplexität und Uneindeutigkeit der politischen Repräsentation, ist der fiktive Abgeordnete nicht allein. Auch für reale Repräsentationsbeziehungen lässt sich trefflich darüber streiten, unter welchen Umständen von einer guten, richtigen, gelingenden Repräsentation gesprochen werden kann, durch welche Entscheidung der Abgeordnete zum »Good Representative« (Dovi 2007) würde. Der Gedanke liegt nahe, dass sich Repräsentation, angesichts der ihr konzeptionell eingeschriebenen Kontextabhängigkeit, einer generellen Bewertung entzieht.

Daraus allerdings die Schlussfolgerung zu ziehen, auf eine evaluative Analyse von Repräsentationsbeziehungen gänzlich zu verzichten, wäre ein frühes und zudem sehr unbefriedigendes Ende dieser Arbeit. Denn den zahlreichen und durchaus lautstarken Diagnosen einer Krise der Repräsentation und den damit verbundenen Abgesängen auf die repräsentative Demokratie (vgl. etwa Crouch 2008, Tormey 2015)¹ zum Trotz, sind Repräsentationsverhältnisse in unserem (politischen) Leben allgegenwärtig. Mehr noch, gilt die Repräsentation vielen Autor:innen für den modernen – auch und gerade demokratischen – Staat aus funktionalen Gründen als unentbehrlich: Charles-Louis de Montesquieu sieht die repräsentative Form als einzig realistische Option, Demokratie im Flächenstaat zu organisieren (2006 [1748]: 220), für die Federalists ist die Repräsentation ein Garant diskursiver Rationalität und politischer Stabilität (Madison 1788b) und für Emmanuel Joseph Sieyès (1981a [1789]: 69) oder James Mill (1825: 6) die Voraussetzung gesellschaftlichen Fortschritts. Auch über die Klassiker hinaus wird der Repräsentation eine multifunktionale Rolle zuerkannt: Die ihr innewohnende Differenz von Repräsentierten und Repräsentierenden gilt Claude Lefort und Marcel Gauchet als wirksamst möglicher Schutz gegen politischen – und mithin gesellschaftlichen – Totalitarismus (1990: 110). Ernst Vollrath betont ihr Potenzial, sonst verborgene Machtzusammenhänge sichtbar zu machen (Vollrath 1993: 66). Für David Plotke verheißt eine Repräsentationsbeziehung für die Repräsentierten immer auch die mögliche Erweiterung ihres politischen Gestaltungsraums (1997: 31), für Iris Young (2000: 133) und Anne Phillips (1994) die Sichtbarwerdung gruppenspezifischer Perspektiven bzw. Identitäten. Repräsentationen können, so wird argumentiert, politische Einheit (Ankersmit 2001: 269) und Orientierung (Moscovici 1984: 24) stiften. Die Liste möglicher Funktionsleistungen ließe und lässt sich im weiteren Rahmen dieser Arbeit fortschreiben (vgl. Kapitel D).

Umso wichtiger scheint es, ein solch vielseitig funktionales Konzept grundlegend zu verstehen. Und in der Tat herrscht an entsprechenden Aufklärungs- und Kartierungsversuchen kein Mangel. Aufbauend auf die ersten begriffstheoretischen

1 Zu den unterschiedlichen Ebenen der »Anfechtung« der repräsentativen Demokratie vgl. Kronenberg & Horneber 2019. Vgl. auch Landwehr 2022.

Annäherungen – etwa die Arbeiten von Thomas Hobbes (1999 [1651]), Emmanuel Joseph Sieyès (1981b [1789]) oder John Stuart Mill (2013 [1861]) – wurden immer wieder grundsätzliche Anläufe unternommen, »[d]as Wesen der Repräsentation« (Leibholz 1960 [1929]) zu ergründen. Hierbei stechen die staatswissenschaftlichen Arbeiten von Hans Julius Wolff (1968 [1934]), Gerhard Leibholz (1960 [1929]) und Carl Schmitt (2017 [1928]), die begriffsgeschichtliche Studie von Hasso Hofmann (1974) oder die politikphilosophische Analyse von Frank Ankersmit (2002) heraus. Auch Anthony Birch (1971), Pierre Bourdieu (2001a [1981]), Bernard Manin (1997), Guiseppa Duso (2006) und Michael Saward (2010) haben so umfassende wie einsichtsreiche Charakterisierungsversuche vorgelegt. Jüngere in diese Richtung zielende Arbeiten im deutschsprachigen Raum stammen von Thorsten Schlee (2015) und Marina Martinez Mateo (2018).

Zum seit nun fast 60 Jahren allgemein anerkannten Referenzpunkt für die theoretische wie auch empirische Repräsentationsforschung ist die Begriffsstudie von Hanna Pitkin »The Concept of Representation« (1967) geworden. Die Besonderheit ihrer wegweisenden Arbeit besteht darin, dass sie die Repräsentation nicht nur als komplexes, mehrdimensionales Konzept veranschaulicht, sondern gleichzeitig Wege der empirischen Analysierbarkeit offenlegt. Gemeinsam mit dem von Warren Miller und Donald Stokes (1963) vorgeschlagenen *congruence*-Ansatz und der von John Wahlke, Heinz Eulau, William Buchanan und Leroy Ferguson eingeführten Typologie der Repräsentationsrollen (1962) hat das von Pitkin formulierte Prinzip der *Responsivität* einen bis in die Gegenwart reichenden breiten Korpus an empirisch-analytischen Repräsentationsanalysen begründet. Nicht zuletzt in Bezugnahme auf diese Arbeiten wurden Beschaffenheit und Qualität der politischen Repräsentation vielfach und auf verschiedenen Organisationsebenen, in und zwischen unterschiedlichen Staaten, bezüglich einer Vielzahl programmatischer oder wertebbezogener Einstellungen sowie sozialstruktureller Merkmale mithilfe diverser methodischer Zugänge in den Blick genommen.

Andere theoretische Erkenntnisse haben dahingegen weit weniger Einzug in die empirische Forschung erhalten. Das gilt insbesondere für die sich ab den späten 1990er Jahren intensivierende demokratietheoretische Auseinandersetzung mit dem Repräsentationsbegriff, die politische Repräsentation als ebenso ergiebiges, wie theoretisch anspruchsvolles Konzept zeichnet (Wolkenstein & Wratil 2021). Wichtige Beiträge stammen hier etwa von Anne Phillips (1994 & 1995), Iris Young (1997), David Plotke (1997), Nadia Urbinati (2000 & 2006), Jane Mansbridge (2003 & 2009), Michael Saward (2006, 2010 & 2014), Andrew Rehfeld (2006 & 2011) oder Lisa Disch (2011 & 2015). So fruchtbar und einflussreich sich dieser Debattenstrang für die Weiterentwicklung der Repräsentationstheorie erweist, so wenig Niederschlag haben die entsprechenden Innovationen bisher in der empirischen Umsetzung gefunden. Am ehesten noch hat sich die von Michael Sawards Claim-Ansatz inspirierte »representative claim analysis« (vgl. etwa de Wilde 2013) wenigstens eine

empirische Nischenexistenz erworben. In einem Großteil der angewandten Forschungsarbeiten finden die jüngeren – und selbst die klassischen – theoretischen Diskurse allerdings gar keine Erwähnung (Wolkenstein & Wratil 2021: 864).

Generell sind der theoretische und der angewandte – insbesondere der quantitativ-empirische – Strang der Repräsentationsforschung miteinander häufig nur in Ansätzen verbunden. Andrew Sabl erkennt in den beiden Zugängen zur politischer Repräsentation gar zwei nur bedingt kompatible »Cultures of Democratic Theory« (2017). Denn während einerseits das reduktionistische Begriffsverständnis vieler empirischer Arbeiten beklagt wird (Petersen 2010: 50), werden andererseits in den neueren theoretischen Ansätzen enthaltene »dialogue stoppers« (Wolkenstein & Wratil 2021: 865) benannt, die ein Gespräch zwischen den beiden »Kulturen« erschweren. Die tiefgreifende repräsentationstheoretische Einbettung einer quantitativ-empirischen Analyse bleibt damit ebenso Ausnahmeerscheinung wie die methodologisch-orientierte Theoriearbeit. Dabei besteht kein Zweifel daran, dass ein intensiverer Austausch für beide Forschungsperspektiven gewinnbringend wäre: durch die erhöhte empirische Relevanz der theoretischen Konzepte einerseits und die theoretische Schärfung der empirischen Modelle andererseits.

Zentrales Anliegen dieser Arbeit ist es, zu einem solchen Dialog beizutragen. Gelingen soll dies durch eine dezidiert anwendungsorientierte Begriffsstudie. Dabei wird der Repräsentationsbegriff in seiner konzeptionellen Reichhaltigkeit ergründet. Auf dieser Basis wird der Versuch unternommen, begriffliche Strukturen herauszuarbeiten, die eine (quantitativ-)empirische Analysierbarkeit erleichtern. Die Arbeit ist demnach als methodologische Grundsteinlegung zu verstehen. Es geht darum, theoretisch fundierte Instrumente zur Analyse von Repräsentationszusammenhängen zu entwickeln – oder kurz gesagt: Repräsentation messbar zu machen.

Der essentialistisch anmutenden Vokabel der »Begriffsstudie« zum Trotz wird kein überzeitliches Repräsentationskonzept unterstellt, das nur auf seine gewissermaßen naturwissenschaftliche Entdeckung wartet. Stattdessen verstehe ich Repräsentation als einen empirischen Begriff, dessen Gehalt sich im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Sprachgebrauch kristallisiert, aber auch beständig weiterentwickelt. Politische Repräsentation ist – vereinfacht gesagt – das, was damit bezeichnet wird. Damit ist es abhängig von seinem historischen, kulturellen oder politischen Kontext. Es spricht allerdings vieles dafür, dass sich zumindest ein empirisch etablierter Assoziationsraum mit relativ stabilen Strukturen ausmachen lässt. Diesen Raum und seine Strukturen zu erkunden, ihn – hoffentlich – besser zu verstehen und für die Anwendung zu erschließen, halte ich für ein gleichermaßen wichtiges wie lohnendes Unterfangen. Der Weg dorthin wird in vier Etappen unterteilt, die den vier Hauptkapiteln dieser Arbeit entsprechen:

1. **Konzept(e):** Ziel des ersten Kapitels ist es, die politische Repräsentation klassisch begriffstheoretisch, also definatorisch zu fassen. Hierzu werden zunächst die sprachliche Herkunft und die daraus entstandenen verschiedenen Bedeutungsebenen des Wortes Repräsentation erkundet. Anschließend werden der politische Bedeutungskontext und die mit ihm verbundenen Konzepte näher in den Blick genommen. Dabei zeigt sich ein komplexes Begriffsbild, das sich nur ansatzweise auf eine allgemeingültige und gleichermaßen empirisch instruktive Definition bringen lässt.
2. **Spannungsfelder:** Vielversprechender erscheint es, der Repräsentation durch die den Begriffsraum durchziehenden Muster näher zu kommen. Diese zu identifizieren und zu analysieren, ist das Ziel des zweiten Kapitels. Ausgehend von der Überlegung, dass der Repräsentationsbegriff gerade durch seine Ambivalenz und die in ihm bestehenden Spannungsverhältnisse gekennzeichnet ist, werden insgesamt fünf diese Spannung wiederpiegelnde Begriffspaare untersucht. Im Laufe dieser Auseinandersetzung kristallisieren sich einige grundlegende Charakteristika und Wirkungsweisen der Repräsentation heraus, aus denen sich erste methodologische Schlüsse ziehen lassen.
3. **Funktionen:** Auf dieser Basis wird im dritten Schritt versucht, Indikatoren für das Gelingen von Repräsentationsbeziehungen zu formulieren. Da Repräsentationen stets kontextabhängig sind und bleiben, ist es unrealistisch, allgemeingültige, von der jeweiligen normativen Rahmung unabhängige Gütekriterien zu finden. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass politische Repräsentationen eine Vielzahl spezifischer Funktionsleistungen erbringen können, an deren Erfüllung sich unterschiedliche Aspekte des Gelingens messbar machen lassen.
4. **Anwendungen:** Im letzten Hauptkapitel wird schließlich ein konkretes Verfahren vorgeschlagen, die Erkenntnisse der ersten drei Kapitel in eine empirische Analyse zu überführen. Dies wird an zwei sehr unterschiedlichen Repräsentationszusammenhängen exemplarisch durchgespielt. Obgleich sich die vorgeschlagene Vorgehensweise ebenso gut für qualitative Untersuchungen eignet, ruht der Fokus dieses Kapitels eindeutig auf der quantitativ-empirischen Repräsentationsforschung, da der konzeptionelle Reduktionismus hier üblicherweise besonders ausgeprägt ist und die Begriffsstudie entsprechend den größten Gewinn verspricht.

Im Rahmen dieser Studie wird sich zeigen, dass die empirische Analyse durch ein breiteres Fundament und der theoretische Diskurs durch eine Erweiterung der analytischen Optionen profitieren können. Dennoch hat die Verbindung beider Perspektiven ihre Grenzen. Auch theoretisch angefütterte empirische Kriterien und Modelle bleiben notwendigerweise reduktionistisch und nicht alle theoretischen »dialogue stoppers« lassen sich für den empirischen Gebrauch umgehen.

Entsprechend stehen auch die grundsätzliche Eigenständigkeit und Berechtigung beider Forschungszugänge nicht in Frage.

Methodisch basiert diese Studie auf einer Auswertung und Systematisierung der begriffsanalytischen Forschungsliteratur. Explizit wird hierbei nicht nur der politik- und staatswissenschaftliche Kenntnisstand zusammengetragen, zudem werden soziologische und sozialpsychologische, aber auch über die Sozialwissenschaften hinausweisende – etwa philosophische, sprach- und kunstwissenschaftliche, theologische oder geographische – Perspektiven einbezogen. Hintergrund dieses breiten, die disziplinären Grenzen überschreitenden Analysefokus ist die Annahme, dass der Repräsentationsbegriff generelle, auch für ein spezifisch politik-theoretisches Verständnis relevante, Strukturprinzipien aufweist. Um diese klarer hervortreten zu lassen, erscheint es mir hilfreich, den fachlich gewohnten – und durchaus bewährten – Blick auf den Gegenstand durch gelegentliche Perspektivwechsel zu weiten. Dieser Zugang erweist sich als vor allem für das begriffsanalytische Kapitel fruchtbar.

Ziel der Literaturarbeit ist es nicht, einzelne Theorieansätze oder gar die zugehörigen Forschungsdebatten in ihrer ganzen Komplexität und analytischen Tiefe darzustellen und zu diskutieren. Dies wäre angesichts der Breite des berücksichtigten Literaturkorpus nicht umsetzbar und wird in anderen Arbeiten sehr viel besser geleistet. Vor allem aber wäre es für das Anliegen, eine allgemeine methodologische Begriffsstudie vorzulegen, nicht zielführend. Ziel dieser Arbeit soll es vielmehr sein, in und zwischen den zum Teil sehr unterschiedlichen Zugängen generelle Muster zu identifizieren und herauszuarbeiten sowie auf dieser Basis ein möglichst breit anschlussfähiges methodologisches Gerüst zu entwickeln.

Aus diesem Anspruch der generellen Anschlussfähigkeit heraus, versuche ich, mich in meiner Analyse nicht auf eine bestimmte normative Begriffsperspektive festzulegen – soweit mir dies angesichts meiner eigenen blinden Flecken eben möglich ist. Stattdessen finden bewusst sehr unterschiedliche Ideen davon, was Repräsentation ist und was ihr Gelingen ausmacht, Eingang in die im Rahmen des dritten Hauptkapitels entwickelte Funktionstypologie. Ungeachtet der generellen normativen Offenheit wird Repräsentation vor allem im funktionsanalytischen Teil dieser Arbeit allerdings überwiegend in ihrem demokratischen Kontext betrachtet. Dem liegt keine Gleichsetzung beider Konzepte oder ihres qualitativen Zustands zugrunde. Auch steht diese Fokussierung nicht im Widerspruch zur angestrebten breiten Anschlussfähigkeit der Studie. Im Gegenteil erlegt die demokratische Einbettung der Repräsentation besonders komplexe Anforderungen auf, sodass die nichtdemokratischen Kriterien gelingender Repräsentation in einer für die repräsentative Demokratie konzipierten Typologie als Teilmenge enthalten sein dürften.

In den genannten Zielsetzungen und konzeptionellen Rahmungen ist diese Begriffsstudie – wie letztlich jede wissenschaftliche Arbeit – selbst eine Art Reprä-

sentationsversuch.² Durch die in den folgenden Kapiteln vorgetragenen Argumente und Charakterisierungen versuche ich, dem Begriff der Repräsentation größere wissenschaftliche Präsenz zu verschaffen: Präsenz im Sinne hervortretender Konturen und Strukturen, im Sinne sichtbarwerdender Funktionalität, vor allem aber im Sinne besserer empirischer Nutzbarkeit.

2 Vgl. hierzu die sich vorrangig auf naturwissenschaftliche Zusammenhänge beziehende Debatte um die »scientific representation« (Frigg & Nguyen 2021).